

Presseinformation

Nr. 5/2011

Berlin/ Worms, 25.03.2011

Falsche Politik zerstört Krankenkassen **Angeblicher Wettbewerb schadet letztlich dem Versicherten**

Im Januar 2010 erhoben einige gesetzliche Krankenkassen einen Zusatzbeitrag von 8 EUR. Darunter auch die DAK, die als Folge rund 500.000 Mitglieder verlor.

Für die Versicherten war der finanzielle Aspekt entscheidend, den Wechsel zur neuen Krankenkasse vollzogen die meisten ohne den Versicherungsschutz zu vergleichen oder zu bewerten.

Dieses Verhalten der von der Politik bewusst unmündig gehaltenen Bürger führt zum Ausbluten der Finanzkraft solcher Kassen wie der DAK, die nun voraussichtlich einen nochmals höheren Zusatzbeitrag erheben muss (Quelle: Financial Times Deutschland, 25.03.2011), um ihre Existenz zu sichern. Folge wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiterer Mitgliederschwund sein.

Im Hintergrund stehen die restlichen der ca. 150 gesetzlichen Krankenkassen, darunter auch die marktdominierende AOK, die durch die neuen Mitglieder ihren Marktanteil weiter ausbauen können und allein deswegen keinen Zusatzbeitrag erheben. Gespart wird dann wohl an anderer Stelle – etwa bei den Leistungen für die Versicherten. Das nennt sich dann laut Gesundheitspolitik „Wettbewerb“.

Unabhängig von der Geldvernichtung, die die Bürgerinitiative Gesundheit DGVP bei den gesetzlichen Krankenkassen generell immer wieder kritisiert sowie der allgemein festzustellenden Leistungskürzungen durch die Kassen, muss aber nochmals deutlich gemacht werden: **Ursache und Schuld für die Erhebung von Zusatzbeiträgen liegt an der politischen Manipulation der Bürger durch die ehemalige Bundesregierung.**

Diese hatte in Wahlkampfzeiten stimmenförderlich den Beitragssatz zur GKV von 15,5% auf 14,9% gesenkt. Folge davon waren 9 Milliarden Einnahmeverluste für den Gesundheitsfonds, ohnehin schon ein Bürokratieungetüm, dessen Sinn von Experten immer wieder bezweifelt wird. Gleichzeitig bedeuten Zusatzbeiträge noch mehr Bürokratie, was gemeinsam mit Gesundheitsfonds und Morbiditäts-Risiko-Struktur-Ausgleich (also der Abrechnung zwischen Kasse und Fonds) letztlich noch mehr Geld vernichtet. Leidtragende sind im Moment vielleicht einige Kassen – am Schluss leidet aber der Versicherte im System unter Leistungskürzung trotz immer höheren Beiträgen.

freigegeben zur Veröffentlichung

Pressestelle DGVP
Tel: 06247-904 499 7
Fax: 06247-904 499 9
presse@dgvp.de; www.dgvp.de